

Erklärung zur Betrieblichen Altersversorgung (VBL)

Ich bestätige hiermit, dass ich

1. Die Hinweise für wissenschaftliche Beschäftigte zur Freistellung von der Betrieblichen Altersversorgung (VBL)
erhalten habe und
2. dahingehend informiert wurde, dass es Unterschiede im Leistungsrecht der Pflichtversicherung und der freiwilligen Versicherung gibt, die wiederum zu Unterschieden beim späteren Rentenbezug führen können und mir seitens der Personalabteilung empfohlen wurde, bei der VBL eine Vorabinformation einzuholen.

Heidelberg, den _____

Unterschrift

Ciupek

Erklärung

Ich bestätige hiermit, dass ich

1. die Übersicht über die Dienstpflichten der Beschäftigten (Auszug aus dem TV-L Wissenschaft) zu
 - Allgemeinen Arbeitsbedingungen (§ 3 TV-L Wissenschaft),
 - Ausschlussfrist (§37 TV-L Wissenschaft), Arbeitszeit
 - Anzeige- und Nachweispflichten bei Arbeitsunfähigkeit,
2. die Hinweise für Beschäftigte zu folgenden Themen:
 - Mitteilungspflicht bei Änderungen der persönlichen Verhältnisse,
 - Vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers,
 - Zuschuss des Arbeitgebers zum Krankenversicherungsbeitrag,
 - Jahressonderzahlung,
 - Betriebliche Altersversorgung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst (VBL)
 - Rückerstattung von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung,
 - Informationen zur Datenerhebung, Datenverarbeitung und zum Datenschutz
3. den Hinweis auf die Pflichten des Arbeitnehmers nach dem SGB III,
4. die Hinweise für wissenschaftliche Beschäftigte zur Freistellung von der betrieblichen Altersversorgung,
5. die Satzung der Universität Heidelberg zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit Fehlverhalten in der Wissenschaft,
6. Kontaktadressen und Informationen zur Abteilung 3.3 – Sicherheitswesen
7. Richtlinien zur Vorbeugung und Vermeidung von Korruption

erhalten habe.

Heidelberg, den _____

Unterschrift

Ciupek

Hinweis: Die Senatsrichtlinie „Partnerschaftliches Verhalten“ ist im Internet veröffentlicht unter der Adresse: <https://www.uni-heidelberg.de/intern/partnerschaftliches-verhalten.html>

Declaration

I hereby confirm that I received

1. an overview of the work duties of employees (excerpt from TV-L Wissenschaft) regarding
 - general terms of employment (section 3 TV-L Wissenschaft)
 - the preclusive time limit (section 37 TV-L Wissenschaft), working hours
 - obligations to notify the employer and provide proof in case of inability to work
2. information for employees on the following:
 - notification obligation in case of changes of the personal situation
 - capital-forming payments of the employer
 - health insurance subsidy from the employer
 - annual bonus payments
 - internal pension plan for employees in public service (VBL)
 - reimbursement of statutory pension insurance contributions
 - information on data collection, processing and data protection
3. information on the obligations of employees specified in the Third Book of the German Social Code (SGB III)
4. information for academic employees on exemption from the internal pension plan
5. the Heidelberg University rules for safeguarding good academic practice and handling academic misconduct
6. contact details and information about Department 3.3 – Occupational Safety
7. Anti-Corruption-Directive

Heidelberg, (date) _____

Signature:

Ciupek

Please note: The senate guideline „Partnerschaftliches Verhalten“ is available online at: "<https://www.uni-heidelberg.de/intern/partnerschaftliches-verhalten.html>"

rückerbeten

Universität Heidelberg

Physikalisches Institut (PI)

Dienststelle

Heidelberg, den 02.04.2020

**Niederschrift über die förmliche Verpflichtung
nicht beamteter Personen nach dem Verpflichtungsgesetz
einschließlich der Verpflichtung zur Wahrung des Datengeheimnisses**

Vor dem Unterzeichnenden erschien heute zum Zwecke der Verpflichtung nach § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 547)

Herr Ciupek
geboren am: 22.03.1994
tätig für: Physikalisches Institut (PI)

Der Erschienene wurde auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet. Ihm wurden folgende Strafvorschriften des Strafgesetzbuches bekanntgegeben:

- | | |
|-------------------------|---|
| § 97b i.V.m. §§ 94 - 97 | - Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses, |
| § 120 Abs. 2 | - Gefangenenerbefreiung, |
| § 133 Abs. 3 | - Verwahrungsbruch, |
| § 201 Abs. 3 | - Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes, |
| § 203 Abs. 2, 4, 5 | - Verletzung von Privatgeheimnissen, |
| § 204 | - Verwertung fremder Geheimnisse, |
| §§ 331, 332 | - Vorteilsannahme und Bestechlichkeit, |
| § 353 b | - Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht, |
| § 355 | - Verletzung des Steuergeheimnisses, |
| § 358 | - Nebenfolgen. |

Der Erschienene wurde darauf hingewiesen, dass diese Strafvorschriften auf Grund der Verpflichtung für ihn anzuwenden sind.

Weiter wurde der Erschienene besonders auf die Wahrung des Datengeheimnisses (§ 3 Abs. 2 des Landesdatenschutzgesetzes - LDSG) hingewiesen. Danach ist es bei den öffentlichen Stellen beschäftigten Personen untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu verarbeiten, insbesondere diese offenzulegen oder zu verbreiten. Das Datengeheimnis besteht auch nach Beendigung der Tätigkeit fort. Der Verpflichtete wurde darüber belehrt, dass bestimmte Verstöße gegen die Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe (§29 LDSG i.V.m. Art. 84 Datenschutz-Grundverordnung) geahndet werden können..

Ein Verstoß gegen die vorstehend genannten Verbote wird in den meisten Fällen gleichzeitig eine Verletzung der vertraglichen Pflichten darstellen, weshalb mit entsprechenden rechtlichen Konsequenzen für die verpflichtete Person bis hin zur fristlosen Kündigung und Schadensersatzansprüchen zu rechnen ist.

Er erklärt hiermit von dem Inhalt der genannten Bestimmungen unterrichtet zu sein.

Die Niederschrift wurde dem Verpflichteten vorgelesen und von ihm genehmigt sowie unterschrieben. Gleichzeitig bestätigt der Verpflichtete, dass er eine Abschrift der Niederschrift, der vorstehenden Strafvorschriften und datenschutzrechtlichen Erläuterungen (Merkblatt) erhalten hat.

Heidelberg, den 02.04.2020

Unterschrift und Amtsbezeichnung des Verpflichtenden

Unterschrift der verpflichteten Person

Hinsichtlich der Einhaltung des Datengeheimnisses (§ 3 Abs. 2 LDSG) ist insbesondere auf Folgendes zu achten:

Alle personenbezogenen Daten dürfen nur auf die Weise verwahrt, verarbeitet oder ausgegeben werden, wie es von den für die Verarbeitung der Daten verantwortlichen Stellen angeordnet wird.

Es dürfen nur die für die konkrete Aufgabenerfüllung notwendigen personenbezogenen Daten abgerufen werden.

Unterlagen mit personenbezogenen Daten sind sicher vor dem Zugriff Dritter aufzubewahren.

Die Löschung oder Vernichtung von Datenträgern oder Ausdrucken muss gemäß den jeweiligen Vorschriften und vollständig erfolgen.

Über dienstlich bekanntgewordene Vorgänge oder Fälle darf - ungeachtet weitergehender Verschwiegenheitspflichten für interne Vorgänge - privat allenfalls in anonymisierter Form und nur so berichtet werden, dass keine Rückschlüsse auf Personen möglich sind.

Bestehende Vorschriften über den Umgang bzw. die Sicherung personenbezogener Daten (z. B. im Hinblick auf den Passwortschutz) sind zu beachten. Zum Schutz personenbezogener Daten ist im Rahmen der zugewiesenen Aufgabe die notwendige Sorgfalt anzuwenden; festgestellte Mängel sind zu melden.

Ergänzende datenschutzrechtliche Hinweise:

Jede Verarbeitung personenbezogener Daten durch Mitarbeiter einer öffentlichen Stelle ist ein Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und darf nur auf der Basis einer Rechtsvorschrift oder mit Einwilligung des Betroffenen erfolgen.

Die Mitarbeiter müssen, bevor sie Daten verarbeiten (erheben, speichern, verändern, übermitteln, nutzen, sperren oder löschen), immer prüfen, aufgrund welcher Rechtsnorm sie handeln. In Frage kommen die allgemeinen Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes sowie bereichsspezifische Vorschriften.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist auf das zur rechtmäßigen Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken. Unrichtige, unzulässig erhobene oder gespeicherte sowie nicht mehr erforderliche Daten sind zu berichtigen bzw. zu löschen.

Heidelberg University
Seminarstr. 2
69117 Heidelberg

**Record of the Formal Obligation
of Persons without Civil Servant Status According to the Obligation Act
Including the Obligation to Observe Data Secrecy**

Today,

Mr. Ciupek

Date of birth: 22.03.1994

tätig für: Physikalisches Institut (PI)

appeared before the undersigned for the purpose of the obligation according to Section 1 of the Act on the Formal Obligation of Persons without Civil Servant Status of March 2, 1974 (Federal Law Gazette I p. 547). The person appearing was obligated to perform her duties conscientiously. He was informed as to the contents of the following provisions of the German Criminal Code:

Section	97b in conjunction with sections 94 - 97	- Disclosure based on mistaken assumption that secret is illegal,
Section	120 para. 2	- Facilitating escape of prisoners,
Section	133 para. 3	- Destruction of materials under official safekeeping,
Section	201 para. 3	- Violation of the privacy of the spoken word,
Section	203 para. 2, 4, 5	- Violation of private secrets,
Section	204	- Violation of the postal and telecommunications secret,
Sections	331, 332	- Taking bribes and Taking bribes meant as an incentive to violating ones official duties,
Section	353 b	- Breach of official secrets and special duties of confidentiality,
Section	355	- Violation of the tax secret,
Section	358	- Ancillary measures.

The person appearing was informed that the above-mentioned criminal provisions are applicable to him because of this obligation.

The person appearing was furthermore obligated in particular to observe data secrecy (Section 3 para. 2 of the Baden Württemberg Data Protection Law – LDSG). The latter prohibits persons working in public positions to process or use personal data in any way without permission. This obligation to observe data secrecy remains intact beyond the termination of the employment. The obligated person was instructed that the penalty for certain deliberate violations of the Baden Württemberg Data Protection Law is a criminal fine or imprisonment of up to two years (Section 29 of the LDSG).

The violation of the above-mentioned duties will in most cases also represent a violation of contractual duties. Therefore, these violations will likely entail the appropriate legal consequences up to and including dismissal without prior notice and claims to damages.

By signing this document, he confirms to have been informed of the above-mentioned regulations.

This record was read out to the obligated person. He agreed to it and signed it. The obligated person also confirms to have received copies of this record, of the above-mentioned criminal provisions and of the leaflet explaining the data secrecy regulations.

Heidelberg, this day of 02.04.2020

Signature and official capacity of the obligating person

Signature of the obligated person

Concerning the observation of data secrecy (Section 3 para. 2 of the LDSG), the following points bear special notice:

All personal data may only be stored, processed, or distributed as prescribed by the persons responsible for processing the data.

Only those items of personal data strictly necessary for the task at hand may be retrieved.

Documents containing personal data are to be kept safe from access by third parties.

Deletion or destruction of data storage media or hard copies must follow the appropriate regulations and be carried out exhaustively.

Further confidentiality obligations regarding internal information notwithstanding, facts or incidents learned about while in the line of duty may privately only be relayed in anonymized form and in such a way that no inference can be made as to the persons involved.

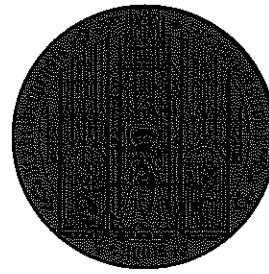
Existing regulations on handling and protecting personal data (e.g., password protection) are to be observed. Within the task at hand, protection of personal data shall be observed with the necessary diligence; any flaws or shortcomings are to be reported.

Ancillary notes on details concerning data protection law:

Every processing of personal data by employees in public positions represents an intrusion into the fundamental right of informational self-determination and may only occur on the basis of a legal provision or with permission of the persons concerned.

Before processing (collecting, storing, modifying, distributing, using, locking or deleting) data, employees need to check on the basis of which legal provision they are acting. This may be the general provisions of the Baden Württemberg Data Protection Law and/or regulations specific to the task or field at hand.

The processing of personal data is to be kept to the minimum as necessitated by the lawful execution of the task at hand. Incorrect or illegitimately collected or stored data as well as data no longer needed is to be corrected and/or deleted.



BELEHRUNG UND ERKLÄRUNG

gemäß Nr. 2.2 des Beschlusses der Landesregierung Baden-Württemberg über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst vom 2. Oktober 1973 (StAnz. Nr. 86 S. 4, GABI. S. 950)

I. BELEHRUNG

Nach § 33 Beamtenstatusgesetz (BeamStG) ist der Beamte und nach § 8 des Landesrichtergesetzes (LRiG) in Verbindung mit § 33 Beamtenstatusgesetz (BeamStG) ist der Richter verpflichtet, sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. Dementsprechend darf nach § 7 Beamtenstatusgesetz (BeamStG) in das Beamtenverhältnis und nach § 9 Nr. 2 des Deutschen Richtergesetzes in das Richterverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt.

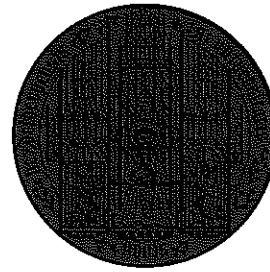
Die gleichen politischen Treuepflichten ergeben sich aus § 3 TV-L für die Beschäftigten des Bundes und der Länder.

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (vgl. Urteil vom 23.10.1952 Az.: 1 BvB 2/51, Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Band 5 S. 85 ff.) eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist das Gegenteil des totalen Staates, der als ausschließliche Herrschaftsmacht Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit ablehnt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind insbesondere zu rechnen:

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien,
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen die durch die vorgenannten Grundsätze gekennzeichnete freiheitliche demokratische Grundordnung richten, ist unvereinbar mit den Pflichten eines im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob diese Bestrebungen im Rahmen einer Organisation oder außerhalb einer solchen verfolgt werden.

Bewerber für den öffentlichen Dienst, die an verfassungsfeindlichen Bestrebungen teilnehmen oder sie unterstützen, dürfen nicht eingestellt werden. Beamte und Richter, die sich einer solchen Pflichtverletzung schuldig machen, müssen damit rechnen, dass gegen sie ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Dienst eingeleitet wird. Beschäftigte, die gegen diese Grundsätze verstoßen, müssen in diesen Fällen mit einer außerordentlichen Kündigung rechnen.



II. ERKLÄRUNG

Aufgrund dieser Belehrung erkläre ich hiermit ausdrücklich, dass ich die vorstehenden Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

Ich versichere ausdrücklich, dass ich Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen eine ihrer oben genannten, grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, nicht unterstütze und auch nicht Mitglied einer hiergegen gerichteten Organisation bin.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Dienst- und Treuepflichten mit einer Entfernung aus dem Dienst rechnen muss.

Heidelberg, den _____
Unterschrift



NOTIFICATION AND DECLARATION OF AFFIRMATION

Pursuant to No. 2.2 of the Resolution of October 2, 1973 of the State Government of Baden-Württemberg concerning the duty of loyalty to the Basic Law in the public service (StAnz. No. 86, p. 4; GABl., p. 950)

I. NOTIFICATION

According to Sec. 8 of the state legislation pertaining to the judiciary (Landesrichtergesetz, LRiG) and Sec. 33 of the Civil Service Status Act (Beamtenstatusgesetz, BeamStG) respectively, judges and other persons in the public service are obligated to acknowledge and uphold the free democratic basic order as described in the Basic Law in all their actions. As such, only those who commit to constantly uphold the free democratic basic order may, pursuant to Sec. 9 (2) of the federal judiciary legislation (Deutsches Richtergesetz) and Sec. 7 BeamStG may be called into public service as a judge or other manner of civil servant, respectively. The same duties of political loyalty apply to employees of the German federal and state governments based on Sec. 3 of the collective labor agreement for state civil servants (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder, TV-L).

According to a decision handed down by the Federal Constitutional Court of Germany (cf. the decision of 10.23.1952, file no. 1, BvB 2/51, Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, vol. 5, p. 85 ff.), free democratic basic order in the meaning of the Basic Law is order representing a structure of power that renounces all forms of tyranny and despotism in accordance with the rule of law and functions on a basis of freedom, equality, and the self-determination of the majority of the people.

Free democratic basic order constitutes the opposite of the totalitarian state, which rejects freedom, equality, and human dignity in favor of tyranny alone. In particular, this order involves the following basic principles:

- Respect for the human rights specified in the Basic Law, especially every person's right to life and self-fulfillment
- Popular sovereignty
- Separation of powers
- Government responsibility
- Legitimacy of administration
- Independent courts
- Multiple political parties
- Equal opportunity for all political parties
- The right of constitutional formation and expression of political opposition

Participation in efforts contrary to the free democratic basic order characterized by the aforementioned basic principles is incompatible with the duties of every civil servant, regardless of whether these efforts take place within an organization.



Applicants who take part in or support anticonstitutional activities may not be admitted into the public service.

Judges and other civil servants who are found guilty of any such violation of the duties described above will face disciplinary action designed to remove them from the public service.

Employees who violate these basic principles will face the prospect of extraordinary dismissal.

II. Declaration of Affirmation

Based on this Notification, I hereby expressly affirm the above basic principles of free democratic basic order within the meaning of the Basic Law and declare myself willing to acknowledge and uphold the free democratic basic order within the meaning of the Basic Law at all times and in all my actions.

I expressly ensure that I will neither support efforts contrary to the free democratic basic order or one of the basic principles described above, nor become party to any organization that pursues such efforts.

I am aware that any violation of the aforementioned official duties carries with it the prospect of removal from the public service.